

Generationen Hand in Hand



Für ein gesundes und aktives Älterwerden
in Zeiten demografischer Veränderungen

Impressum

Generationen Hand in Hand
Für ein gesundes und aktives Älterwerden in
Zeiten demografischer Veränderungen
Fachtagung am 11. Juni 2012

Herausgeber

Gesundheit Berlin-Brandenburg
Koordinierungsstelle Gesundheitliche
Chancengleichheit Brandenburg
www.gesundheitbb.de
[www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/
brandenburg](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/brandenburg)

Redaktion

Annett Schmok (V.i.S.d.P.), Marisa Elle,
Bettina Stempel, Blanka Richter

Satz und Layout

Connye Wolff, www.connye.com

Druck

Schöne Drucksachen GmbH
www.schoene-drucksachen.eu

Fotos

André Wagenzik Photography
www.wagenzik.de

Umschlagseite: Fotolia.com



Gesundheit
Berlin-Brandenburg e.V.
Arbeitsgemeinschaft
für Gesundheitsförderung

Die Koordinierungsstelle Gesundheitliche
Chancengleichheit Brandenburg wird
gefördert durch die Arbeitsgemeinschaft der
Krankenkassen (-verbände) im Land
Brandenburg sowie durch das Ministerium für
Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg



Kooperationsverbund
**GESUNDHEITLICHE
CHANCENGLEICHHEIT**
www.gesundheitliche-chancengleichheit.de



Europäisches Jahr für **aktives Altern**
und **Solidarität zwischen den Generationen 2012**



Gefördert vom:
Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Inhalt

Grußworte

Minister Günter Baaske,
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg 2

Prof. Dr. Sieglinde Heppener,
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V. 4

Fachvorträge

**»Solidarität zwischen den Generationen –
ein Lösungsweg in Zeiten demografischer Veränderung?«**
Dr. Claudia Vogel, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA) 6

»Solidarität, Teilhabe und Gesundheit im höheren Lebensalter«
Prof. Dr. Rainer Fretschner, Fachhochschule Kiel 9

Workshops

Generationendialog und Altersbilder
Norbert Bothe, Marcel Korth, kobra.net – Kooperation in Brandenburg 14

Mobilität
Prof. Dr. Georg Rudinger, Universität Bonn
Heike Rau, Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg 17

Engagement und Gesundheit
Dr. Barbara Weigl, Evangelische Hochschule Berlin
Henriette Hentschel, Seniorpartner in School e. V. Brandenburg 22

Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse im Rahmen der Veranstaltung 26

Referentenverzeichnis 28

Grüßwort

Minister Günter Baaske,
Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und
Familie des Landes Brandenburg



Das aktive Altern wird seit vielen Jahren in Brandenburg thematisiert. 2007 konnten diesbezüglich Seniorenpolitische Leitlinien formuliert werden, welche evaluiert wurden. Die Ergebnisse der Evaluierung verdeutlichen,

- dass für Senior/innen die Themen
- Gesundheit und Pflege
- Wohnen und Mobilität sowie
- Teilhabe

besonders wichtig sind. Diese Themen gilt es also in den Fokus zu rücken.

Im Mai 2011 wurden die Leitlinien weiterentwickelt und mit konkreten Maßnahmen untersetzt (Seniorenpolitisches Maßnahmenpaket). Darin ist festgeschrieben:

- was getan werden soll,
- wie viel finanzielle Mittel zur Verfügung stehen,
- wer dafür zuständig ist und
- wann die Maßnahme abgeschlossen sein muss.

Das Maßnahmenpaket, mit einer Laufzeit von 2011-2014, beinhaltet 40 Maßnahmen. Ein Schwerpunkt beschäftigt sich bspw. mit der Fragestellung,

wie ein positives Altersbild entstehen kann. Auch das Thema Mobilität findet im Maßnahmenpaket Berücksichtigung. Analysen in den Landkreisen Oder-Spree und Uckermark machen deutlich: wer kein Auto besitzt, ist auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um zum Arzt zu fahren, einzukaufen oder Freunde zu besuchen. Die Universität Bonn untersucht aktuell, ob so genannte Bürgerbusse dem Problem einer eher schlecht ausgebauten Infrastruktur im öffentlichen Nahverkehr entgegenwirken können. Die Ergebnisse sollen wiederum als Input für einen Workshop mit den Interessenvertretungen der Senior/innen und dem Verkehrsministerium dienen. Dieser hat zum Ziel, Maßnahmen und Organisationsstrukturen zu erörtern.

Die Thematik des demografischen Wandels ist sehr abstrakt. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen. Derzeit haben wir in Brandenburg 90.000 Menschen, die gepflegt werden. 75 % der Betroffenen werden durch Angehörige und den regionalen Pflegediensten im privaten Umfeld versorgt. Damit liegt Brandenburg im Bundesvergleich mit der privaten häuslichen Pflegeversorgung an der Spitze. Angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels, der erwartungsgemäß 2013 auf uns zukommt, wird sich diese Struktur stark verändern. Das Berufsleben und die Pflege im Alltag zu vereinen, stellt pflegende Angehörige vor eine große Herausforderung.

Darüber hinaus gibt es in Brandenburg einfach zu wenige junge Menschen, die sich um Pflegebedürftige kümmern können. Aus diesem Grund ist zu erwarten, dass wir die 75 % in den nächsten Jahren nicht halten werden können. So wird ange-

nommen, dass sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen bis 2030 auf 160.000 verdoppeln wird. Dementsprechend würden auch doppelt so viele Angehörige für die Pflege benötigt. Aber auch im stationären Bereich wird es zu einer Zunahme des Personalbedarfes kommen.

Demgegenüber steht die geringe Zahl der Schulabgänger: Verzeichnen wir derzeit eine Zahl von 15.000, werden es im Jahr 2020 nur noch ca. 12.000 sein. Allein davon müssten 1.500 bis 1.600 Jugendliche jährlich einen Beruf in der Altenpflege erlernen, um den Fachkräftebedarf decken zu können. Andere Berufszweige kämpfen jedoch mit derselben Problematik und auch Fachkräfte aus den angrenzenden Nachbarländern sehen sich ähnlichen demografischen Herausforderungen gegenüber.

Diese Entwicklung verdeutlicht die Notwendigkeit einer aktiven Generation der Älteren in unserer Gesellschaft. Aber auch soziales Engagement, sich in Kindergärten, Schulen, öffentlichen Einrichtungen und Vereinen mit seinem Wissen und Handeln einzubringen, ist sehr von Relevanz. Diese Tätigkeiten gilt es politisch zu unterstützen. Denn aktives Altern bedeutet: sich einzubringen, am sozialen Leben teilzuhaben, eigenverantwortlich zu handeln und sich zu engagieren.

Einen wichtigen Aspekt stellt zusätzlich die Eigenverantwortung der heute 30- bis 40-jährigen dar. Wir setzen voraus, dass diese Generation bestrebt ist, dem Arbeitsmarkt so lange wie möglich zur Verfügung zu stehen. Sie entscheiden selbst, ob sie an Gesundheitskursen teilnehmen oder regelmäßig Sport treiben. Nicht nur im Alter ist es

wichtig offen für Neues zu sein, auch in dieser Lebensphase sollte ein ständiges Dazulernen gegeben sein. Eine Maßnahme Brandenburgs diesen Punkt zu unterstützen, stellt der neu eingeführte Bildungsscheck dar. Alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten können einen solchen Scheck erhalten, um einen Kurs an einer Volkshochschule zu besuchen und sich individuell weiterzubilden.

Geht es um die Diskussion des Renteneintrittsalters, muss die Verantwortung von Unternehmen mehr in den Fokus genommen werden. Sie sollten den Arbeitnehmer/innen Angebote zur Verfügung stellen, um sie so lange wie möglich leistungsstark, gesund und fit im Beruf zu halten. Kommen sie dieser Verantwortung nicht nach, werden in solchen Betrieben wichtige Mitarbeiter/innen fehlen. Unternehmen, in denen darauf kein Wert gelegt wird, denken nicht wirtschaftlich und langfristig. Es müssen Strukturen und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden, damit in jedem Beschäftigungszweig ein Arbeiten bis ins Rentenalter möglich ist.

Die Fachtagung widmet sich diesen und weiteren Themen. Am Ende des Tages können vielleicht Schlussfolgerungen getroffen werden im Hinblick darauf:

- Was haben wir in den letzten Jahren erreicht?
- Was kann besser gemacht werden?
- Wo wollen wir hin?

In diesem Sinne möchte ich mich recht herzlich für die Einladung bedanken und wünsche Ihnen einen anregenden Tagesverlauf und viele interessante sowie spannende Diskussionen.

Grüßwort

Prof. Dr. Sieglinde Heppener,
Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V.



Es ist eine wirklich gute Idee, in Würdigung des „Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ diese Fachtagung zu veranstalten. Ich danke Gesundheit Berlin-Brandenburg für die Einladung und für die Möglichkeit dieses Grußwortes.

Ich betrachte dies als Anerkennung für den Seniorenrat des Landes Brandenburg und als Forderung an seine Arbeit. Auch andere gut besuchte Veranstaltungen, wie z. B. die 19. Brandenburgische Seniorenwoche – unter dem Motto „Alt werden in Brandenburg, aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“ – zeigen wie vielfältig aktives Altern in Zeiten demografischer Veränderungen sein kann. Die aktiven Alten in den Beiräten, den Vereinen, Verbänden und sozialen Einrichtungen werden auch in diesem Jahr ihr hohes soziales Engagement, ihr Organisationstalent, ihr organisatorisch-logistisches Leistungsvermögen und ihre Kreativität unter Beweis stellen.

Generationensolidarität kann nicht verordnet werden. Sie wächst im stetigen Miteinander. Gemeinsame Veranstaltungen von Jungen und Alten

gehören zum festen Programm der Seniorenwoche. So gestalten in Potsdam Chöre unterschiedlichen Lebensalters ein gemeinsames Konzert unter dem Motto „Singen macht froh“. In Rüdersdorf reden Junge und Alte gemeinsam über „Wir Kriegskinder“. Im Buchhaus Heron in Cottbus treffen sich die Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ des Seniorenbeirates und Jugendliche der Schreibwerkstatt „Wortfenster“ zur gemeinsamen Lesung. In Hardenbeck (Boitzenburger Land) ist es ein gemeinsames „Seidenraupenfest“ im Rahmen der Projektwoche „Vom Maulbeerbaum zur Seidenraupe“.

Sprich: uns Alten geht es nur gut, wenn wir wissen, dass es auch unseren Kindern und Enkelkindern gut geht. Der VI. Altenbericht der Bundesregierung weist darauf hin, dass es heute mehr denn je darauf ankommt, „...zwischen den Generationen Vertrauen und Bindungen aufzubauen. Mit der längeren Lebenszeit der Menschen wächst auch die gemeinsame Lebenszeit der Generationen und mehr Generationen können gleichzeitig leben“.

Die Großeltern gehören zur Familie. Die Familienstrukturen haben sich rückblickend radikal verändert. In der Regel wachsen Kinder und Jugendliche nicht mehr unter ein und demselben Dach mit ihren Großeltern auf. Sie haben oft keine Vorstellung davon, wie es ist, wenn man alt ist. Umso notwendiger sind Begegnungen und tätige Gemeinsamkeiten.

Die im vorigen Jahr verabschiedeten Seniorenpolitischen Leitlinien würdigen die familiäre Solidarität zwischen den Generationen und die Landesregierung unterstützt den Dialog der Generationen auch außerhalb der Familie. Das darauf folgende Maßnahmenpaket fordert und fördert 40 Maßnahmen, mit denen die Landesregierung von 2011 bis 2014 Impulse und Akzente

für aktives Altern in Brandenburg setzen will. So werden z.B. alle Brandenburger Rechtsverordnungen hinsichtlich bestehender diskriminierender Altersgrenzen überprüft.

Alter bezieht sich dabei nicht nur auf „Ältere“, sondern auch auf „Jüngere“, auf alle Personen, die diskriminierend ungleich behandelt werden, weil sie nicht das „passende“ Alter haben. Zu den Maßnahmen der seniorenpolitischen Leitlinien gehört auch die Einrichtung von „Gemeinsamen Aktivplätzen für Seniorinnen und Senioren und Kindern“. Das Maßnahmenpaket, seine Ziele und Schwerpunkte werden in unserer heutigen Diskussion vermutlich noch eine Rolle spielen. Gehört doch das „Bündnis gesund Älter Werden im Land Brandenburg“ auch dazu.

Aktivität im Alter braucht vielfältige Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 24. April 2011 berichtet, dass 79 % der heute Sechzigjährigen und 74 % der Siebzigjährigen ihren Gesundheits- und Geisteszustand als gut oder sehr gut einschätzen. Nach der Kompressionstheorie verschiebt sich der Beginn von altersbedingten schweren Erkrankungen und Behinderungen immer mehr ans Lebensende, und zwar doppelt so schnell wie unser Lebensende eintritt. Aktive gesundheitsbewusste Lebensführung, Prävention und Gesundheitsfürsorge, Tätigkeit für sich und andere, Geselligkeit und Bildung lassen Beschwerden des Alterns leichter ertragen. Diese Faktoren helfen uns auch, besser mit Hilfe- und Pflegebedürftigkeit umzugehen.

Sicherlich trifft es jeden unterschiedlich, dennoch ist jeder irgendwie betroffen. Wir erfahren nun mal, dass es hier und da zwickt, die Lasten schwerer, die Wege länger, die Treppen steiler und die

Berge höher werden. Die Lebenswirklichkeit verlangt, Rahmenbedingungen für eine selbstverantwortliche, aktive Lebensgestaltung und für Lebensumstände mit bestehendem oder drohendem Hilfe- und Pflegebedarf zu schaffen. Fragen, wie die Folgenden, müssen beantwortet werden:

- Wie vereinbaren wir den Anspruch und die Bereitschaft der älteren Generation, ihr Leben bewusst aktiv zu gestalten?
- Wie kann der Alterungsprozess, der einen Mehrbedarf an medizinischen Leistungen, Prävention und Rehabilitation, Hilfe- und Pflegeangebote mit sich bringt, umgesetzt werden?

Wir brauchen niederschwellige Angebote im Rahmen einer gesundheitlichen Versorgung und Prävention, Information und Bildung, Sport und Bewegung, die an den örtlichen Bedingungen orientiert sind und das Engagement der Alten selbst einbeziehen. Wir wehren uns dagegen, unser Altern als eine unausweichliche Kette von Defiziten zu sehen. Es ist Wunsch der Alten, solange wie möglich selbstverantwortlich in ihrer Häuslichkeit zu leben und an der Gemeinschaft teilzunehmen. Für das „Bündnis gesund Älter Werden im Land Brandenburg“ ist sicherlich der von den Bündnispartnern zu entwickelnde Gesundheitszieleprozess maßgebend. Ebenso wichtig ist uns jedoch die Gestaltung dieses Bündnisses vor Ort.

Ich freue mich auf unsere heutige Diskussion und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Fachvortrag „Solidarität zwischen den Generationen – Ein Lösungsweg in Zeiten demografischer Veränderungen?“

Dr. Claudia Vogel, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)



Familienbeziehungen im Wandel

Durch den demografischen Wandel stehen Familien künftig vor neuen Herausforderungen.

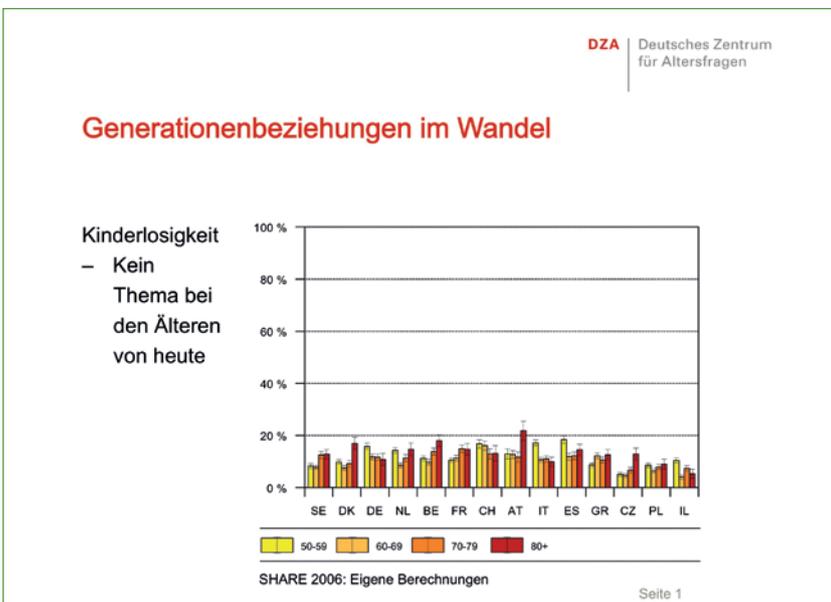
Diese reichen von der Frage der finanziellen Absicherung im Alter bis hin zur Frage, wer tatsächlich hilft, wenn Pflegebedürftigkeit und Hilfebedarf eintreten. Der Austausch zwischen den familialen Generationen kann ein möglicher Lösungsansatz sein, indem Familienangehörige unterschiedlicher Generationen bestimmte Aufgaben übernehmen. Durch die Solidarität der Generationen können

die Probleme ein Stückweit aufgefangen werden. Der so genannte Austausch zwischen den Generationen findet bereits heute in hohem Ausmaß innerhalb der Familien statt. Jedoch birgt dies künftig auch ein Risiko der Überlastung der Familienbeziehungen, weil sich auch diese durch den demografischen Wandel verändern.

In der internationalen Studie SHARE (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe) wurden in 14 verschiedenen europäischen Ländern ältere Menschen befragt, unter anderem zum Thema der Generationenbeziehungen. Zu dieser Personengruppe zählten Personen ab einem Alter von fünfzig und mehr Jahren. Einige Ergebnisse sollen hier heute vorgestellt werden.

Kinderlosigkeit und Wohnentfernung zwischen Eltern und erwachsenen Kindern

Alle europäischen Länder weisen im Bezug auf die Kinderlosigkeit ein ähnliches Bild auf. Mit einem leichten Anstieg von durchschnittlich 15 auf 17 % zeigt sich keine Krise der Kinderlosigkeit in den Familien. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass bei den über 50-jährigen Männern noch ein paar Kinder dazukommen. Im Verlauf des demografischen Wandels sinkt allerdings die durchschnittliche Zahl der Kinder. Das heißt, anstatt der etwa vier Geschwister entsprechen heutzutage eher zwei Geschwister der Norm. Bei den älteren Menschen, die jetzt ins Rentenalter kommen, stellt Kinderlosigkeit jedenfalls kein Problem dar, selbst für die kleine Gruppe nicht unbedingt, die selbst davon betroffen ist. Schließlich bezieht sich der Begriff „Familie“ nicht nur auf die eigenen Kinder, sondern beispielsweise auch auf die Geschwister und deren Kinder (Nichten und Neffen). So ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass es eine weitere familiäre Generation geben wird, die möglicherweise für den hilfebedürftigen älteren Menschen da sein kann und diesen unterstützen kann.



Betrachtet man die Wohnentfernung zwischen Eltern und ihren erwachsenen Kindern, so zeigt sich, dass die Kinder oft entweder im gleichen Gebäude mit den Eltern oder im räumlichen Umfeld von nur einem Kilometer wohnen. 80 % der Eltern haben ein Kind, welches im Umkreis von 25 Kilometern lebt. Dies macht einen persönlichen Austausch vielfach möglich, eine wichtige Bedingung für gelebte Generationensolidarität.

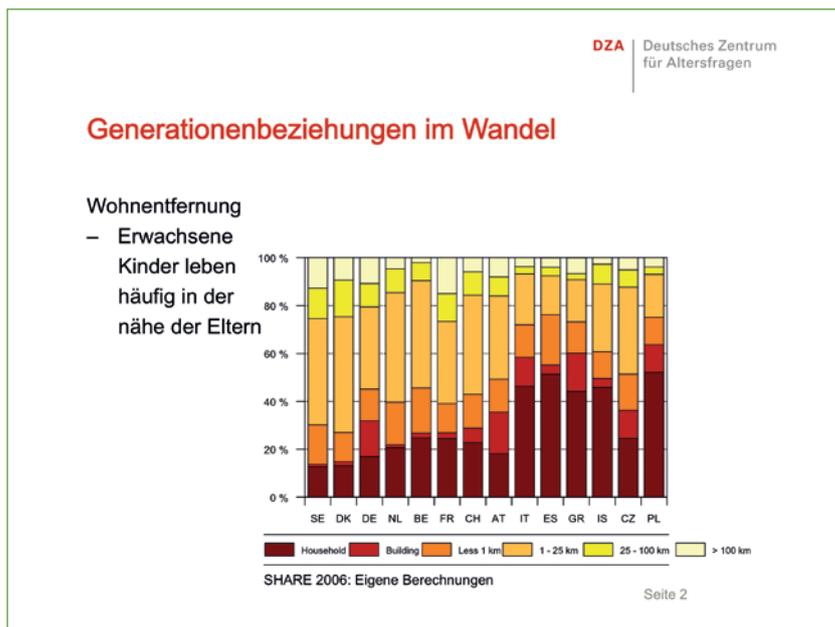
Generationenbeziehungen auf dem Prüfstand

Die gemeinsame Lebenszeit der Generationen wird aufgrund der Verlängerung der Lebenserwartung deutlich steigen. Dadurch ist eine Verbesserung der Voraussetzung für die familiäre Solidarität geschaffen. Jedoch wird oftmals behauptet, dass die Jüngeren gegenüber den Älteren benachteiligt seien, da die jüngeren Generationen nicht nur für die Rente der heutigen Rentner/innen aufkommen, sondern zusätzlich für ihr eigenes Alter vorsorgen müssen.

Hinzu kommt, dass sie aufgrund der aktuellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt möglicherweise häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind und sich prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeit und unbezahlter Praktikumszeit usw. stellen müssen. Entgegen der Aussage, dass in den Familien die Generationenbeziehungen gut sind, wird in der Gesellschaft häufig das Gegenteil behauptet. Es wird die Frage gestellt, ob es unausweichlich einen „Krieg der Generation“ geben wird. Dies ist unserer Ansicht nach nicht der Fall.

Unterstützungsleistungen und Solidarität der Generationen

Befunde aus dem Deutschen Alterssurvey zeigen, dass etwa ein Fünftel der 40- bis 85-Jährigen ihre Eltern instrumentell unterstützen. Sie helfen bspw. bei Aktivitäten des täglichen Lebens, beim Aufstehen und Ankleiden, wenn sich der Übergang zum Pflegebedarf zeigt. Pflegebedürftige Personen werden zum größten Teil in der Familie gepflegt. Es hat sich auch gezeigt, dass mindestens jeder Zehnte aller 40- bis 80-Jährigen bei der Pflege einer Person hilft.



Bei der finanziellen Unterstützung ist es umgekehrt. So fließen die finanziellen Transfers heute von der älteren an die jüngere Generation. Ein Viertel der Eltern unterstützen ihre bereits erwachsenen Kinder finanziell. Lediglich eine kleine Gruppe von Eltern benötigen dagegen finanzielle Unterstützung durch ihre Kinder. Im europäischen Vergleich ist die Fließrichtung der finanziellen Mittel ähnlich. Die Ausnahme bilden Spanien und Griechenland, dort müssen vergleichsweise viele Kinder ihre Eltern finanziell unterstützen.

Betrachtet man anhand der SHARE-Studie die Generationenbilanzen, d.h. wie viel eine Elterngeneration im Verlauf eines ganzen Jahres an ihre Kinder gibt und wie viel sie im gleichen Zeitraum von ihren Kindern zurückbekommt, zeigt sich für die instrumentellen Hilfen (wie z. B. Hilfe im Haushalt): Die 50 bis 59-jährigen verwenden pro Jahr durchschnittlich 200 Stunden mehr Zeit darauf ihren Kindern zu helfen, als ihre Kinder darauf verwenden, ihnen zu helfen. Die über 80-jährigen haben dagegen im letzten Jahr durchschnittlich mehr Stunden an Hilfe erhalten als sie selbst gegeben haben. Somit fließen die Leistungen innerhalb der Familien überwiegend von den Älteren an die Jüngeren, erst am Lebensende kehrt sich diese Bilanz um. Und eine angemessene finanzielle Absicherung im Alter ist die Voraussetzung dafür, dass die Älteren die Jüngeren unterstützen können.

Freiwilliges Engagement

Viele Menschen engagieren sich freiwillig für andere außerhalb ihrer Familie, freiwilliges Engagement wird also zusätzlich zu der Hilfe innerhalb der Familie geleistet. Laut Freiwilligensurvey 2009 haben sich in Berlin etwa 28 % der Menschen freiwillig engagiert. In Brandenburg liegt diese Engagementquote bei 33 %, deutschlandweit sind es durchschnittlich 36 %. Als freiwillig Engagierter zählt, wer in der Befragung des Freiwilligensurveys angegeben hat, eine Aufgabe oder eine Arbeit freiwillig oder ehrenamtlich übernommen zu haben, für die er oder sie nicht entlohnt wurde. Frauen engagieren sich in beiden Bundesländern etwas seltener freiwillig als Männer. Hierfür können mehrere Gründe ausschlaggebend sein. Möglicherweise liegt es daran, dass sich die Frauen innerhalb der Familie stärker engagieren und deshalb weniger Zeit bleibt, um sich zusätzlich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einzusetzen.

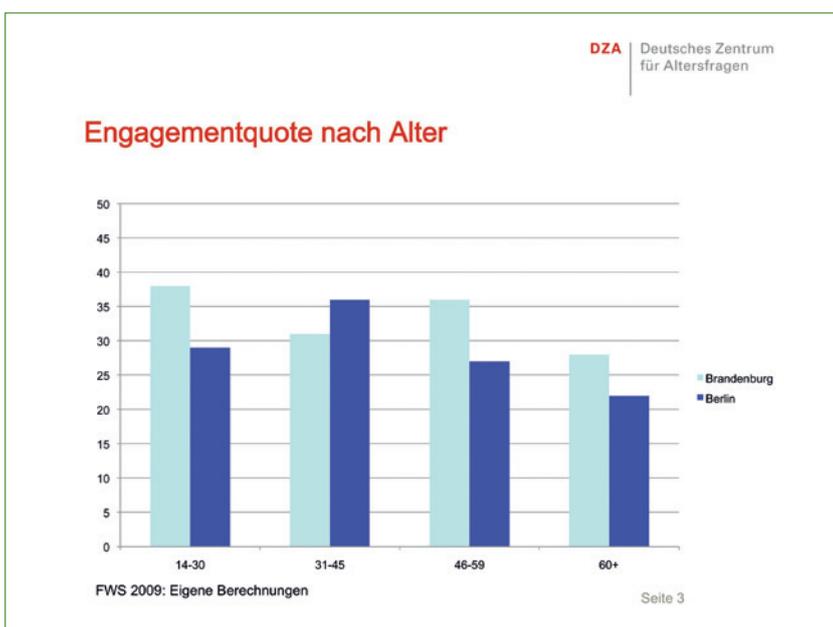
Menschen im mittleren Lebensalter sind am häufigsten freiwillig tätig. Die Älteren haben eine etwas geringere Engagementquoten. Dennoch ist das gesellschaftliche Engagement der Altersgruppe der über 60-Jährigen in den letzten Jahren am stärksten gestiegen; eine Gruppe mit hohem Potenzial und gleichzeitig großem Zuwachs. Beim Ehrenamt liegt darüber hinaus ein so genannter Bildungsbias vor. Das bedeutet, Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss nehmen mit einer

größeren Wahrscheinlichkeit eine freiwillige Tätigkeit auf als Menschen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Dieses Muster wird in Berlin und Brandenburg gleichermaßen deutlich. Zudem kann beobachtet werden, dass Menschen, die sich früh im Leben engagiert haben, z.B. in ihrer Jugend im Verein tätig waren, auch im Erwachsenenalter häufiger freiwillig engagiert sind.

In Berlin und Brandenburg richten sich die Tätigkeiten von über 30 % der engagierten Männer und Frauen speziell an Kinder und Jugendliche. Kinder und Jugendliche sind somit, gefolgt von den Älteren, die primäre Zielgruppe freiwilligen Engagements. Für die älteren Menschen engagieren sich Frauen häufiger ehrenamtlich als Männer. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich Frauen häufiger im Bereich des sozialen Engagements betätigen. Sie sind es, die Dienste und Aufgaben bspw. in den Bereichen Gesundheit und Pflege übernehmen. Festzuhalten bleibt, dass die Solidarität der Generationen bereits heute hoch ist und innerhalb der Familien, aber insbesondere in der Gesellschaft noch ausbaufähig ist, durch die Beförderung freiwilligen Engagements.

Fazit

- Die Generationen verbringen auf Grund der gestiegenen Lebenserwartung insgesamt eine längere Lebenszeit miteinander.
- Freiwillig Tätige engagieren sich am häufigsten für Kinder und Jugendliche. Z.B. beginnen viele Eltern, sich freiwillig für Kinder und Jugendliche zu engagieren, wenn ihre eigenen Kinder die Kita oder Schule besuchen.
- Außerhalb der Familie engagieren sich Frauen insgesamt etwas seltener freiwillig als Männer, innerhalb der Familie ist es meist umgekehrt.
- Die Älteren sind Nettogeber familialer Unterstützung, erst im hohen Alter empfangen sie mehr Hilfe, als sie selbst geben.
- Besonders bei den Älteren besteht ein hohes Potenzial, sich künftig noch häufiger freiwillig für andere zu engagieren.
- Die Generationsbeziehungen sind heute sehr gut, sowohl in der Gesellschaft im Ganzen als auch innerhalb der Familien.



„Solidarität, Teilhabe und Gesundheit im höheren Lebensalter“

Fachvortrag

Prof. Dr. Rainer Fretschner, Fachhochschule Kiel



Das familiäre Umfeld hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Wenn einst mehrere Generationen zusammenlebten, sind diese Strukturen heutzutage nur noch selten anzutreffen. Daraus resultiert, dass Pflegebedürftige zukünftig nur noch selten durch ihr näheres soziales und familiäres Umfeld versorgt werden können. Damit wird die Gesellschaft vor eine große Herausforderung gestellt und es gilt Probleme zu analysieren sowie Lösungsansätze und Maßnahmen zu finden.

Die „Baby-Boomer-Generation“

Geburtenstarke Jahrgänge, die nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Einführung der Antibabypille zwischen den Jahren 1946 und 1964 geboren wurden, werden als „Baby-Boomer“ bezeichnet. Diese Generation wird in Deutschland in den kommenden Jahren zu den Älteren zählen.

Die „Baby-Boomer“ haben im Laufe ihres Lebens andere Erfahrungen gesammelt als die Generationen zuvor. Diese Menschen wurden in den 60er bzw. 70er Jahren sozialisiert und haben an sozialen Bewegungen teilgenommen. Sie haben in Wohngemeinschaften zusammen gelebt und geheiratet, sich danach wieder scheiden lassen und möglicherweise noch einmal geheiratet und sich wieder scheiden lassen. Das sind Lebensformen und Lebenskonzepte, die die Altersgruppe zuvor

nicht hatte. Deshalb ist zu erwarten, dass diese Generation ein anderes Verständnis vom eigenen Alter, also ein eigenes Altersbild hat. Es geht dabei nicht mehr nur um Versorgungsmentalität oder der Herangehensweise, wie schwierige Situationen gemeistert werden können. Vielmehr wird ein Anspruchsdenken vorhanden sein. Diese erlebte Partizipation, mit der politischen Einmischung in den 60er bis 80er Jahren, wird im Alter nicht aufgegeben werden. Das bedeutet, dass es eine stark fordernde Generation in Bezug auf Altershilfesysteme, dem Pflegesystem aber auch in der Seniorenpolitik geben wird. Diese Generation wird für ihre Ansprüche kämpfen.

Soziale Folgen der demografischen Entwicklung

Im Laufe der demografischen Entwicklung wird sich die Relation von der berufstätigen Bevölkerung und der Alterspopulation verändern. Damit steigt der Altenquotient. Die nachhaltige Finanzierung, die ein Sicherungssystem darstellt, wird dadurch auf die Probe gestellt. Dies muss nicht unweiger-

Altersstruktur in Deutschland (1950 bis 2050)

Altersklassen in Deutschland 1950-2050 (Anteile an der Gesamtbevölkerung in %)											
	1950	1960	1970	1980	1990	2000	2010	2020	2030	2040	2050
0-20	30,9	28,6	30,0	26,7	21,8	21,1	18,7	17,6	17,1	16,4	16,1
20-60	54,5	53,8	50,1	54,0	57,8	55,3	55,7	53,2	48,5	48,4	47,2
60+	14,6	17,6	19,9	19,3	20,4	23,6	25,6	29,2	34,4	35,2	36,7

Quelle: Statistische Jahrbücher, ab 2010: 10. koordinierte Bevölkerungsberechnung (Variante 5); zitiert nach Kaufmann 2005

lich zum Krisendiskurs führen, aber es erfordert eine sozialpolitische Neuausrichtung. Das Umlageverfahren der Renten- und Pflegeversicherung ist eine Form der sozialpolitischen Solidarität. Wird dieses Umlageverfahren aufrechterhalten, muss es weitreichender als im familiären Kontext diskutiert werden. Die zukünftigen Generationen von Senior/innen der aktuell Erwerbstätigen werden vermutlich viel stärker an Altersarmut leiden als die heutige ältere Generation. Die Senior/innen von heute sind die reichsten, die es jemals gab. In Zukunft wird es keine so reiche und einkommensstarke Altersgruppe mehr geben. Bei fortschreitender Rationalisierung am Arbeitsmarkt wird die Altersarmut vor allem Frauen treffen. Diese Problematik tangiert ebenfalls die letzte Phase der „Baby-Boomer“, die Mitte der 60er Jahre geboren wurde.

Verteilungs- und Generationenkonflikte

Im Jahr 2010 hat das Max-Planck-Institut in Rostock erstmals eine Diskrepanz in der Bevölkerungsforschung festgestellt. Ältere Menschen sagten aus, dass zu viel Geld an die KITAS gehe. Andersherum stimmten junge Familien vermehrt der Aussage zu, dass zu viel Geld in Renten- und Friedenspolitik fließe. Das sind die ersten zarten Andeutungen über die Zunahme eines Generationenkonfliktes. Das Konzept der Generationen-

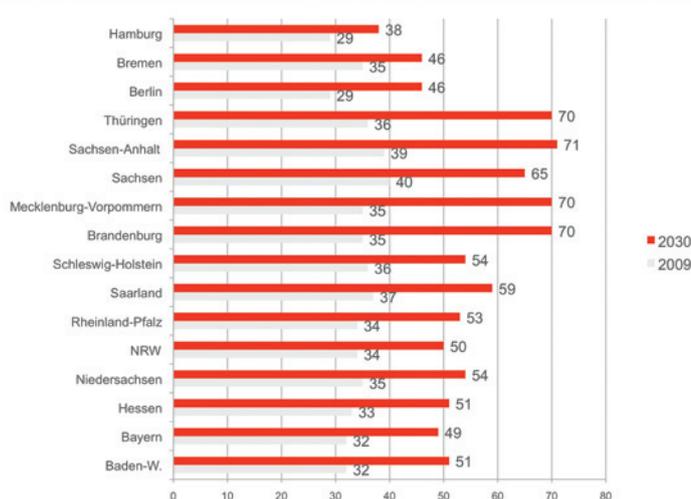
gerechtigkeit und des Dialoges ist eine Strategie zur Entschärfung des Konfliktes. Dabei stellt sich das Konzept bundesweit unterschiedlich dar, indem es räumliche Ungleichheiten geben wird. In der Soziologie wird dieser Effekt als „regionale Destabilitäten“ bezeichnet. So wird es Bundesländer oder Regionen geben, in denen die Solidarität der Generationen stärker ausgeprägt sein wird als in anderen Regionen, weil dort durch Abwanderungsprozesse das Ungleichgewicht viel stärker ausgeprägt ist.

Der Altenquotient gibt an, wie viele Menschen im nacherwerbsfähigen Alter auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen. Derzeit sind es 20 Menschen die durch 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter versorgt werden müssen. Im Jahr 2030 werden es voraussichtlich 78 Menschen sein. Im bundesweiten Vergleich steht Brandenburg an zweiter Stelle nach Sachsen-Anhalt. Dort ist der Altenquotient ein Prozent höher als in Brandenburg. Dennoch ist festzuhalten, dass alle Bundesländer gleichermaßen betroffen sind und der Altenquotient noch steigen kann. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Demografie politisch zu beeinflussen. Schließlich können Frauen nicht gezwungen werden, die Geburtenrate zu erhöhen. Auf der anderen Seite kann man von der Generation der Älteren nicht verlangen, sozialverträgliche Hilfe anzunehmen. Aber es gibt politische Möglichkeiten, den demografischen Wandel zu gestalten und mit dessen Folgen umzugehen.

Active Ageing und die Generationensolidarität sind zwei Konzepte, mit deren Hilfe man dem demografischen Wandel und seinen ökonomischen und sozialen Folgen gegenüber treten kann. Hans-Joachim Hoffmann, ein Bielefelder Soziologe, hat Anfang der 90er Jahre vom „demografischen Fatalismus“ gesprochen: Alle Menschen kennen diese Zahlen seit mindestens 20 Jahren, und tun heute ganz überrascht, dass es jetzt so gekommen ist, wie die Prognosen es seit 30 Jahren schon gesagt haben und es wird höchste Zeit. Zehn Jahre, bis die „Baby-Boomer“ ins Alter kommen. Zehn Jahre, um jetzt die geburtenstarken Jahrgänge einigermaßen sicher ins Alter zu bringen. Es ist höchste Zeit, diese Konzepte in die politische Praxis, aber auch in die kommunale Praxis zu übertragen.

Aktives Altern hängt nicht nur an der Motivation oder der Willensstärke jedes Einzelnen, sondern

Entwicklung des Altersquotienten (Vergleich der Bundesländer)



es ist eingebettet in sozialpolitische Rahmenbedingungen. Es gibt fördernde und hemmende Rahmenbedingungen für aktives Altern. Die individuelle Motivation muss vorhanden sein, aber auch wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten. Die physische Umgebung und Umwelt müssen dementsprechend so eingerichtet sein, dass Menschen bereits im mittleren Alter anfangen, sich auf das Altern vorzubereiten.

Der politische Rahmen sollte von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und von der Europäischen Union (EU) als Drei-Säulen-Modell konzipiert. Diese beinhalten die Teilnahme und Einbindung sowie die Gesundheit. Das bedeutet, aktives Altern setzt ein gesundes Altern voraus und muss Gesundheitsförderung und Prävention beinhalten. Das wiederum setzt die soziale Sicherheit voraus. Soziale Sicherheit, Renten-, Pflege- und Arbeitsmarktpolitik sind ebenso von Bedeutung, wie das Konzept des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Aber auch die persönliche Motivation, welche vorausgesetzt wird, spielt eine Rolle.

Das Konzept des Aktiven Alterns

Das Konzept des Aktiven Alterns setzt am Wohlergehen jedes Einzelnen und einer entsprechenden Eigenmotivation an. Mittels gesunder Ernährung und Bewegung bleibt man länger fit und kann sich dadurch in die Gesellschaft einbringen und seine Stimme erheben. Damit wird ein aktives Altern unterstützt. In den Gesundheitswissenschaften wird dies Verhaltensprävention genannt, weil auf das eigene Verhalten gesetzt wird. Jedoch muss die Verhaltensprävention von der Verhältnisprävention sinnvoll ergänzt werden. Hierzu sollten die gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen unterstützend wirken. Sozialpolitisch fehlen zurzeit stimulierende und aktivierende Rahmenbedingungen, damit Menschen tatsächlich ein wohl verstandenes Eigeninteresse am aktiven Altern entwickeln können. Aus gesundheitswissenschaftlicher Perspektive sollte Aktives Altern als ein Konzept betrachtet werden, dass die Komponenten der Verhaltensprävention und Verhältnisprävention miteinander sinnvoll verbindet.

Für die Generationensolidarität gilt dies ebenso. Die Generationsbeziehungen stellen konkrete

Beziehungen zwischen Großeltern, Eltern und Kindern dar. Durch generationenverbindende Projekte, Initiativen und Maßnahmen bspw. in Schulen werden intergenerationelle Interaktionen innerhalb direkter Dialoge erfahrbar gemacht. Daraus lernen die Generationen voneinander. Nur wenn Generationenverhältnisse und Generationenbeziehungen sinnvoll zusammenwirken, kann der Dialog der Generationen gelingen.

Das Konzept des Aktiven Alterns erfährt jedoch zunehmend eine Instrumentalisierung. Es wird als ein Baustein im aktivierten Staat benutzt. Menschen, die sich nicht engagieren (können) und sich damit nicht aktiv am Alterungsprozess beteiligen, werden ausgegrenzt. Das Konzept des Aktiven Alterns bedarf daher einer Schärfung.

Förderung des Aktiven Alterns und der Generationensolidarität

Gute und erfolgreiche Projekte müssen vor einer ökonomischen Funktionalisierung geschützt werden. So wird beispielsweise davon ausgegangen, dass bei einem hohen Anteil von ehrenamtlich tätigen Menschen weniger in die Pflegepolitik und Infrastruktur investiert werden muss. Diese Vorgehensweise führt zu einer Funktionalisierung eines inhaltlich wertvollen Konzeptes. Betrachtet man die demografischen Daten und die Rentenerhebungen, so ist es notwendig, die Menschen so lange wie möglich im Arbeitsmarkt zu halten. Jedoch darf sich Aktives Altern bzw. gesundes Altern und die Solidarität der Generationen nicht

Politischer Rahmen für Aktives Altern



nur auf den Arbeitsmarkt beschränken. Aktives Altern geht weit darüber hinaus. Besonders Gruppen, die sich bisher von einem gesunden Alltag und einem aktiven Altern ausschließen, müssen erreicht werden. Projekte und Maßnahmen müssen also niedrigschwellig ansetzen. In der Gerontologie und innerhalb der sozialen Arbeit ist dies selbstverständlich. Das Konzept des Aktiven Alterns darf nicht zur Verpflichtung werden sich zu engagieren. Dies würde dazu führen, dass das Konzept bei immer mehr Professionellen in Misskredit gerät. Aber wenn die Solidarität der Generationen und das aktive Altern vor Ort begleitet werden sollen, dann werden in den Ministerien, Institutionen und Kommunen Personen benötigt, die entsprechende Maßnahmen koordinieren und organisieren. Das Konzept muss durch die Sozialpolitik gerahmt und unterstützt werden. Wird Ehrenamt und Engagement gefordert, müssen diese auch durch entsprechende Rahmenbedingungen gefördert werden. Das Prinzip der Inklusion könnte den Orientierungsrahmen darstellen. Der Begriff der Inklusion wurde von der AGE-Plattform Europe der Europäischen Plattform der Seniorenorganisation, geprägt und meint die Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft, verbunden mit der Möglichkeit zur uneingeschränkten Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wenn die Inklusion aller Menschen, unabhängig vom Alter, innerhalb der Gesellschaft das Ziel ist, müssen generationenübergreifende Projekte gefördert werden.

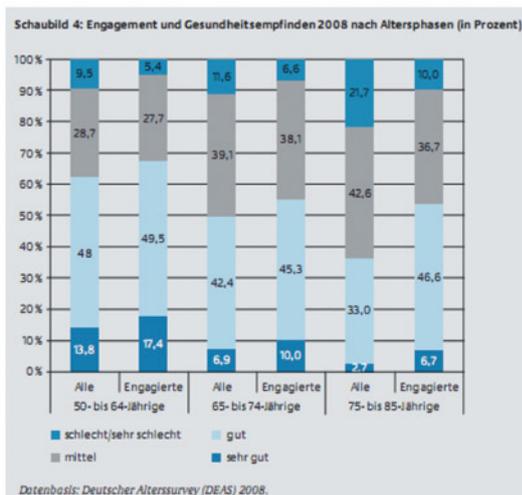
Diese Projekte müssen zum einen nachhaltig sein und zum anderen müssen sie Quartiersarbeit, also die Arbeit in den Kommunen vor Ort, beinhalten. Solche Projekte können nicht auf Bundes- oder Länderebene geschehen, sondern sollten dichter am Geschehen ausgerichtet werden. Denn die Menschen altern in ihren Straßen, Stadtteilen und Kommunen. Dort gilt es entsprechende Infrastrukturen zu schaffen, erst dann ist eine Erfolgsgarantie gegeben.

Das neue Leitbild der Kommunen sollte die generationengerechte und generationenfreundliche Kommune darstellen. Die BAGSO und alle Seniorenorganisationen haben dazu beigetragen, dass in das Europäische Jahr für Aktives Altern der Aspekt der Solidarität der Generationen ergänzt wird. Die Seniorenpolitik bzw. die seniorenpolitischen Organisationen haben ihre eigenen Interessen zugunsten der generationenverbindenden Arbeit erweitert.

Gesundheit und Engagement

Menschen aller Altersgruppen, die sich engagieren, einmischen und ihre Stimme erheben, fühlen sich subjektiv gesünder und sind zufriedener. Ob diese Menschen objektiv einen messbar besseren Gesundheitszustand haben, wird damit nicht ausgesagt. Daraus folgt, dass Aktivsein eine direkte Auswirkung auf die subjektive Gesundheit hat. Durch Initiativen vor Ort werden große Teile der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsvorsorge geleistet. Die bezahlbare und leicht zugängliche Beförderung beispielsweise zum Arzt oder in ein Krankenhaus wird häufig ehrenamtlich organisiert. Aber auch bei Fragen einer alters- und generationengerechten Umgebung, entsprechenden Waren oder Dienstleistungen wird sehr stark auf die Seniorenorganisationen und deren Freiwilligendienste gesetzt. Seniorenscouts bei der Verbraucherzentrale kümmern sich bspw. um die Belange der Seniorinnen und Senioren. Ein angepasster Wohnraum birgt weitere Schwierigkeiten. Die Problematik liegt in der Frage, wie man es Menschen ermöglichen kann in ihrem eigenen Wohnraum älter werden zu können und auch bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit dort zu verbleiben. Dies funktioniert nur, wenn ehrenamtlich Tätige die älteren Menschen unterstützen und

Engagement und subjektives Gesundheitsempfinden



möglicherweise kleine Fahrten übernehmen. Darüber hinaus stellt Nachbarschaftshilfe einen weiteren wichtigen Aspekt dar.

Auch die Langzeitpflege wirft Fragen auf. Wie sieht eine würdevolle und mit Selbstbestimmung gepaarte Pflege aus? Innerhalb der nächsten zehn Jahre muss die Langzeitpflege von den ehrenamtlich Tätigen ergänzt werden. Da die professionelle Pflege nicht mehr finanzierbar sein wird.

Lebensqualität im Alter

Die Lebensqualität im Alter wird durch verschiedene Bausteine gestützt. Dazu gehören im Wesentlichen Gesundheit, Einkommen, Partizipation, Engagement als auch die Zivilgesellschaft.

Ein weiterer Zweig ist die Seniorenwirtschaft bzw. der Seniorenmarkt. Derzeit verfügen wir über die reichste Generation der Seniorinnen und Senioren. Es kommt darauf an, diese kaufkräftige Zielgruppe an den tatsächlichen Kosten des aktiven Alterns zu beteiligen. Dafür wird eine politische Ebene benötigt, die die Rahmenbedingungen für eine generationenfreundliche Kommune in die Realität umsetzt.

Gender Mainstreaming ist Frauenpolitik bzw. Geschlechterpolitik, die als Querschnittsthema in allen Ressorts verankert werden sollte. In Brandenburg geschieht dies bereits. Ebenso müsste es ein „Generationen-Mainstreaming“ geben, welches für alle Ressorts in generationenfreundlichen und seniorenpolitischen Fragestellungen relevant ist und sich mit dem Thema eines aktiven Alterns auseinandersetzt. Hierbei sind folgende Bereiche zu berücksichtigen:

- Verkehrs- und Stadtentwicklung und Alter,
- kultursensible Angebote
- kultursensibler Pflege
- Informationspolitik
- Alter

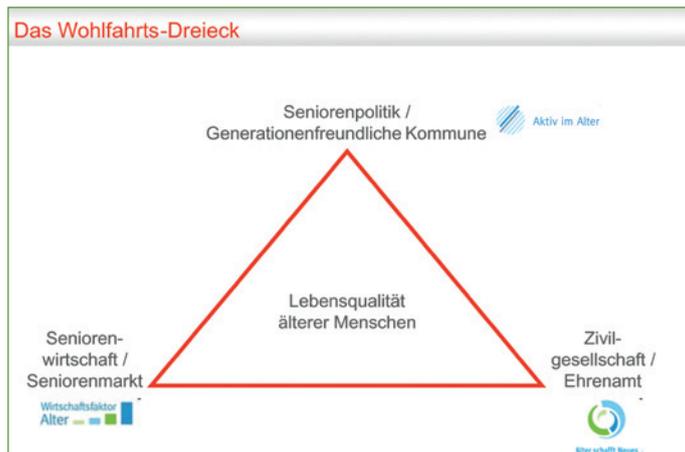
Fazit

Das Handlungsfeld Altern wirft viele zu diskutierende Punkte wie:

- Prävention und Gesundheitsförderung
- Pflege
- Alter und Bildungspolitik
- Alter und Gäragogik

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie Menschen beim Lebenslangen Lernen unterstützt werden können? Die Antwort betrifft die Senioren- und Bildungspolitik sowie das Ehrenamt und das Engagement und schließt die Partizipation und Mitbestimmung ein.

Generationen-Mainstream ist ein Konzept, das alle Ressorts beinhaltet und eine mögliche Antwort auf den demografischen Wandel bieten kann. Das bedeutet, dass es auf der kommunalen Ebene eine intergenerationelle und interkulturelle Öffnung geben muss. Unterschiedliche Akteure müssen sich ressortübergreifend für Fragestellungen öffnen, die eine generationsübergreifende Arbeit ermöglichen. Denn es ist eine „Erschließung neuer, bislang blinder Flecken“ in der Seniorenpolitik nötig.



Workshop „Generationendialog und Altersbilder“

Moderation: *Dorothea Amrhein*, Projektberatung und Supervision (DGSv)



Dorothea Amrhein

**Nobert Bothe, Marcel Korth, kobra.net –
Kooperation Brandenburg**

Das Projekt „Generationen in Bewegung“

In Eberswalde besteht seit dem Schuljahr 2011/12 das Projekt „Generationen in Bewegung“, an dem die Seniorinnenwohnanlage Barnimpark mit dem Träger der Kinder-, Jugend- und Seniorenhilfe in Buckow gGmbH und das Seniorinnenwohnheim „Im Wolfswinkel“ beteiligt sind. Darüber hinaus nehmen an dem Projekt Bildungseinrichtungen teil wie die Karl-Sellheim-Schule, das Oberstufenzentrum II Barnim und die Bildungseinrichtung Buckow e.V. Im Rahmen des seniorenpolitischen Maßnahmenpaketes wird das Projekt gefördert. Ein weiterer Förderpartner ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung.

Zentraler Bestandteil des Projektes ist die Befragung der Senior/innen; damit sollen die Interessen der Bewohner/innen ermittelt und passgenaue Angebote bereitgestellt werden.

Projekthalt

Die Jugendlichen unterbreiten konkrete Angebote in den Seniorinneneinrichtungen, die im Voraus auf die Bedürfnisse der älteren Menschen abgestimmt sind. Dabei handelt es sich u.a. um gemeinsame Ausflüge bspw. auf den Marktplatz oder in den Zoo. Aber besonders die Besuche in den örtlichen Schulen sind für die Senior/innen ein Erlebnis. Hier können sie nicht nur etwas über den Schulalltag der Schüler/innen lernen, sondern eigene Erfahrungen weitergeben.

Außerdem werden Tätigkeiten wie gemeinsames Singen, Backen und Sportübungen unter Anleitung von Pflegepersonal in den Einrichtungen durchgeführt.

Projekttablauf

Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung zum Projektbeginn entwickelten die Akteure erste Ideen zu den geplanten Maßnahmen. Parallel dazu findet eine Qualifizierung der Jugendlichen statt. Hier können sie u.a. mit einem Alterssimulationsanzug ausprobieren, welche Bewegungseinschränkungen im Alter auftreten können.

Während des gesamten Projektes finden regelmäßige Vernetzungstreffen der beteiligten Schulen zum fachlichen Austausch statt. Hier werden außerdem die durchgeführten Maßnahmen gemeinsam reflektiert. Obligatorischer Bestandteil der Vernetzungstreffen sind thematische Fachvorträge, z.B. zu Themen wie Demenz im Alter. Am Ende eines Schuljahres gibt es jeweils Auswertungsgespräche vor Ort, deren Ergebnisse in die Evaluation des Projektes einfließen.

Erste Erkenntnisse und gemachte Erfahrungen

Es konnte während der Angebote mit den Jugendlichen ein gesteigertes Selbstwertgefühl und Wohlbefinden bei den Senior/innen beobachtet werden. Sie erfahren ein Interesse seitens der Schüler/innen und werden in einer angenehmen Atmosphäre gefordert. Begleitet von Spaß und Freude an den gemeinsamen Freizeitbeschäftigungen haben gerade die älteren Menschen zunehmend das Gefühl, gebraucht zu werden. Dabei bedarf es keiner aufwendigen Aktivitäten. Vielmehr sind seitens der Senior/innen niedrigschwellige Angebote wie gemeinsames Backen, Basteln oder Spielen gewünscht.

Zudem ist zu beobachten, dass die Jugendlichen Berührungängste zur älteren Generationen abbauen. Dabei werden Vorurteile ausgeräumt und eine Brücke zwischen den Generationen gebaut.

Im Zuge des Projektes erhalten die Jugendlichen zudem einen Einblick in den Pflegeberuf, was deren Berufsorientierung unterstützt.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass die Einbindung des Projektes in den Schulalltag sinnvoll ist, um eine gewisse Regelmäßigkeit der gemeinsamen Aktivitäten zu gewährleisten. Denn aufgrund der immer weniger werdenden Zeitressourcen von Jugendlichen gestaltet sich die Durchführung von Projektaktivitäten in deren Freizeit schwierig.

Das Projekt unterstützt den Austausch der Generationen unter Berücksichtigung folgender Faktoren:

- Die Einbindung in den Schulalltag ist ein wichtiger Aspekt. Im schulischen Kontext können gemeinsam die Aktivitäten geplant, aber auch reflektiert werden. Auf die freiwillige Teilnahme der Schüler/innen am Nachmittag kann nur bedingt zurückgegriffen werden.
- Die Beteiligung und Mitbestimmung der Senior/innen birgt großes Potential. Ihre Bedürfnisse sollten im Hinblick auf ihre Wünsche und Bedenken berücksichtigt werden.



Nobert Bothe

- Die Qualifizierung der Jugendlichen mit Hilfe eines Alterssimulationsanzuges und der Inputreferate zu typischen Krankheitsbildern im Alter spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung des Projektes.
- Die Pflegeeinrichtungen müssen die Bereitschaft zeigen, die Jugendlichen in den Alltag einzubinden, sie zu begleiten und zu unterstützen. Es ist daher eine entsprechende Mehrarbeit zu berücksichtigen.
- Niedrigschwellige Aktivitäten (Backen, Basteln, etc.) sind sinnvoll, um eine Überforderung seitens der Senior/innen zu vermeiden.
- Es ist eine kontinuierliche Begleitung des Projektes durch Verantwortliche notwendig, um Räume und Zeiten für den Austausch zu schaffen.

Es hat sich bewährt, die Senior/innen als Experten ihrer Lebenswelt ernst zu nehmen und ihre Bedürfnisse einzubinden. Zusätzlich hat sich das praxisbezogene Lernen, das sogenannte Service-Learning, etabliert. Die Jugendlichen machen zudem wichtige Selbstwirksamkeitserfahrungen im



Marcel Korth

Umgang mit den Senior/innen. Sie merken, dass sie mit dem eigenen Handeln etwas bewirken und stärken somit ihre sozialen Kompetenzen.

Zukünftig sollen weitere Aktivitäten, wie die Erkundung des Sozialraumes, ausprobiert werden. Denn viele Senior/innen leben schon lange in ihren Quartieren und können über die Geschichte und Entwicklung ihres Wohnortes berichten. Darüber hinaus soll die Berufsorientierung im Rahmen des Projektes stärker fokussiert werden. Der Barnimpark in Eberswalde ist hier ein wichtiger Kooperationspartner.

Mögliche Probleme

Fehlt es an regelmäßigen Terminen und Aktivitäten, wirkt sich dies hemmend auf den Verlauf des Projektes aus. Gerade ältere Menschen sind an einer Regelmäßigkeit der stattfindenden Maßnahmen interessiert. Die Faktoren „Freiwilligkeit“ und „Zeit“ gewährleisten alleine keinen Projekterfolg.

Eine Überforderung der Senior/innen sollte vermieden werden. Zu viele Jugendliche im Raum oder überfordernde Aktivitäten senken die Motivation der Senior/innen.

Das fehlende Wissen der Jugendlichen über die altersspezifischen Krankheiten muss bedacht werden. Deshalb ist eine Qualifizierung, wie bspw. der Umgang mit dem Krankheitsbild Demenz sowie die Begleitung durch das Pflegepersonal erforderlich.

Folgeprojekt

Das Folgeprojekt sollen neben einer weiteren Kommune zusätzlich die Zielgruppen in stationären sowie ambulanten Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhäusern, Seniorentreffs und ähnlichen Institutionen erreichen. Unterschiedliche Akteure, wie Jugendliche (Schüler), Pflegepersonal, Pädagogen und kommunale Akteure sollen in das Projekt eingebunden werden.

Als übergeordnetes Ziel soll eine regionale Vernetzung angestrebt werden. Dazu sind Anbieter von Betreuungsleistungen stärker in das Projekt mit einzubeziehen. Denkbare Akteure wären z.B. Service- und Kontaktstellen, Seniorenvertretungen, Internetportale für ältere Menschen und kommunale Entscheidungsträger.

Weitere Informationen zu *kobra.net* – Kooperation in Brandenburg erhalten Sie unter www.kobranet.de

Fazit

- Das Projekt „Generationen in Bewegung“ bringt Jugendliche der Sekundarstufe und ältere Menschen aus stationären Pflegeeinrichtungen durch gemeinsame Aktivitäten zusammen.
- Die Beteiligten bestimmen selbst den Gegenstand ihrer gemeinsamen Aktivitäten.
- Regelmäßige Treffen und Termine unterstützen das Miteinander der Generationen und damit den Projekterfolg.
- Langfristige Kooperationen konnten zwischen Schulen und Pflegeeinrichtungen, z.B. in Eberswalde und Potsdam, geschlossen werden.
- Das Miteinander der Generationen wirkt sich positiv auf das Selbstwertgefühl und das Wohlbefinden aller Beteiligten aus.

„Mobilität“

Moderation: Dr. Ingrid Witzsche, Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e. V.

Prof. Dr. Georg Rudinger, Universität Bonn

Projekt „Aktiv und mobil für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“

Ziel des Projektes ist es, entsprechende Interventionsbereiche für ein aktives und mobiles Leben im Alter zu diagnostizieren und zu identifizieren. Daher erfolgt die Kooperation mit den Ministerien und den verschiedenen Landes- und Bezirksregionen etc. Das Projekt wird durch Lotto-Mittel des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft gefördert.

Im Fokus des Projektes stehen der Personennahverkehr (PNV) und die Möglichkeiten zusätzlicher, flexibler aber auch stabiler Mobilitätsformen. In diesem Zusammenhang legt das fördernde Ministerium großen Wert auf die Partizipation der älteren Menschen. Sie werden als Experten ihrer Lebenssituation befragt.



Prof. Dr. Georg Rudinger

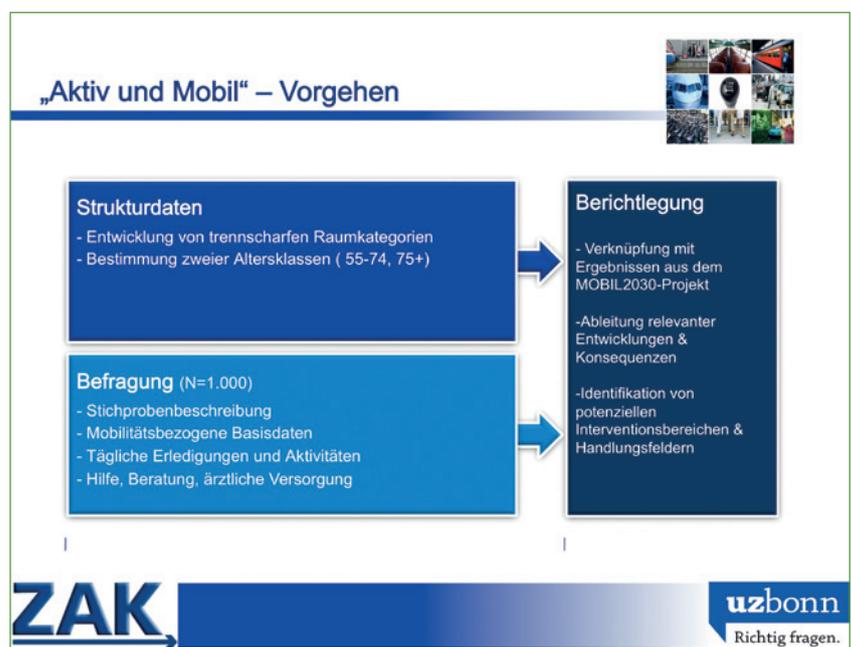
Workshop

Dr. Ingrid Witzsche



Vorgehen

Die Untersuchungen wurden in den Landkreisen Oder-Spree und Uckermark durchgeführt. Mittels der Statistikämter konnten für beide Landkreise zu Beginn Strukturdaten aufgestellt werden. Danach sind verschiedene Raumkategorien ermittelt worden. Alle Analysen laufen über zwei Altersklassen: die der jüngeren Älteren bis 74 Jahre und die der



Älteren in der vierten Lebensphase mit 75 Jahren und älter. Abschließend sind die Befragungs- und Strukturdaten zusammengeführt worden.

Befragung

Interviewer aus den Seniorenverbänden der beiden Landkreise führten die Befragung mit den Senior/innen durch. Gemeinsam mit den Projektmitarbeiter/innen wurden Fragebögen entwickelt. Der hohe Einsatz der Beteiligten ermöglichte es, dass in einer relativ kurzen Zeit eine Vielzahl an Interviews durchgeführt werden konnten; insgesamt waren es 1000 Interviews mit jeweils 500 Teilnehmenden pro Landkreis.

Erste Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Grundsätzlich ist die Erreichbarkeit – besonders in den ländlichen Regionen – ein zentrales Thema. Der Schwerpunkt kann hierbei auf die Versorgung mit Gesundheits- und Dienstleistungen gelegt werden. Die verkehrstechnische Infrastruktur ist problematisch, sodass weiterhin eine Autoaffinität zu registrieren ist. Das bevorzugte Verkehrsmittel bis ins hohe Alter ist das Auto. Gegensätzlich zu dieser Erkenntnis kommt die Wissenschaft zu dem Ergebnis, dass es erforderlich ist, das öffentliche Verkehrssystem besser auszubauen. Dies wird geradezu als gerontologische Interventionsform betrachtet.

Es soll ein gesamträumliches Nahverkehrssystem entwickelt werden, wobei auch Alternativen Beachtung finden. Sie beziehen sowohl die verschiedenen Verkehrsmodalitäten, als auch den Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln mit ein. Um die Lebensqualität im Alter aufrecht zu erhalten, ist es notwendig, die Fortbewegungsmöglichkeit – also den Erhalt der Mobilität – sicherzustellen.

Es stellt sich die Frage, wie man die Nutzungshäufigkeit des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) steigern kann. Dabei geht es um:

- eine bessere Taktung,
- eine bessere zeitliche Verfügbarkeit,
- wirkliche Anschlussmöglichkeiten,
- günstige Preise und
- konkurrenzfähige und übersichtliche Tarifangebote.

Diese fünf genannten Punkte beschreiben gleichzeitig die bestehenden Defizite, welche in der Befragung immer wieder vorgebracht wurden. Darüber hinaus konnte ermittelt werden, dass sich einige Nutzer eine Erleichterung des Fahrscheinerwerbswünschen. Aber auch die Fahrplanauskunft in den Haltestellen ist verbesserungswürdig. Informationen sollten nicht nur computergestützt präsentiert werden, sondern müssen konventionell auch in Papierform an den Stationen als Orientierungshilfe angebracht werden. Für die Befragten spielen eine Verkürzung der Wartezeit und vor allem die Aufenthaltsqualität, inklusive eines erhöhten Sicherheitsgefühls in öffentlichen Bahnhöfen, eine große Rolle.

Für ältere Menschen sind dies besonders wichtige Punkte, um sich für den ÖPNV zu entscheiden. Zusätzlich gilt es, innovative Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs zu überdenken. Zu nennen sind hier z.B. Konzepte des sogenannten „Park and Ride“, der Ruf- und Bürgerbusse, der Mitfahrgelegenheiten und der Anruf-Sammeltaxen. In der Uckermark finden sich derartige Praxisbeispiele weitaus häufiger als im Landkreis Oder-Spree. Es müssen Überlegungen stattfinden, wie die Attraktivität dieser innovativen Vorschläge erhöht werden kann. Denkbar wären Marketingmaßnahmen, welche durch die Verkehrsbetriebe initiiert werden.

Versorgungswege

In den Landkreisen wurde untersucht, wie die eigentlichen Versorgungswege strukturiert sind und welches die verschiedenen Aktivitäten der Daseinsvorsorge sind. Dabei wurde ermittelt, dass bei einigen älteren Menschen der Besuch des Seniorentreffs dazugehört. Die Seniorentreffs der

beiden Landkreise sind flächendeckend positioniert, so dass sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. Sind diese beiden Fortbewegungsmöglichkeiten jedoch durch verkehrsstrukturelle und städteplanerische Probleme unzumutbar, nutzen ältere Menschen zwangsläufig das Auto. Daraus resultierend sollte in der Kommune gewährleistet sein, dass die Rad- und Gehwege gut ausgebaut sind.

Sind ältere Menschen auf ein Auto angewiesen, kommt die Frage der Fahrtüchtigkeit ins Spiel. Diese Thematik ist zunehmend stärker in der Diskussion und es konnten Modelle entwickelt werden, die es ermöglichen, das Fahrverhalten zu kontrollieren ohne gesetzgeberisch tätig zu werden. Dazu zählen bspw. Verhältnisangebote sowie die hausärztliche Betreuung. Die grundsätzliche Herausforderung obliegt dennoch der Stadtplanung. Bei der Verkehrsplanung sollte daher dazu übergegangen werden, den öffentlichen Raum wieder als Lebensraum zu verstehen.

Freizeitaktivitäten

Bei Senioren spielen die Aktivitäten in der Freizeit eine große Rolle. Die Befragung zeigte, dass sie gerade in diesem Feld künftig gern auf die öffentlichen Verkehrsmittel zurückgreifen würden. Speziell im Landkreis Oder-Spree gibt es viele Angebote für Senior/innen, es mangelt jedoch an Kooperationen zwischen dem Tourismussektor und dem öffentlichen Personennahverkehr. Hier könnte sich der öffentliche Personennahverkehr mehr einbringen und zusätzlich seinen Umsatz steigern. Möglicherweise könnte auch die Vernetzung mit privaten Anbietern verbessert werden.

Erreichbarkeit sozialer Netzwerke

Soziale Netzwerke sind für alle Altersgruppen gleichermaßen von Bedeutung. Im Landkreis Oder-Spree wohnt die Verwandtschaft häufig noch im näheren Umkreis, sodass eine gute Erreichbarkeit zu Fuß oder mit dem Rad prinzipiell möglich ist. Kommt es jedoch parallel zum demografischen

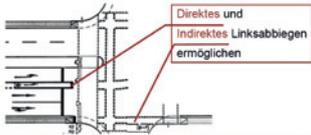
Handlungsempfehlungen: Beispiel „smart modes“

(Verkehrsstrukturelle) Maßnahmen für Radfahrer
(Beispiele nach Unfallanalyse)

- Kontraste (Kanten, Trennung Verkehrsflächen)



- Knotenpunkt mit Lichtsignalanlage Wahlmöglichkeit für Radfahrer



ZAK **uzbonn**
Richtig fragen.

Wandel und dessen Folgen zu einer negativen Veränderung der Infrastruktur und damit einer geringeren Nutzungsmöglichkeit der alternativen Verkehrsmittel, so ist absehbar, dass daraus Mobilitäts- und Mobilitätseinschränkungen folgen. Demnach ist die Pflege sozialer Netzwerke nur noch erschwert möglich.

Ärztliche Versorgung

Die ärztliche Versorgung gehört generell zur Daseinsvorsorge und gewinnt mit steigendem Alter zunehmend an Bedeutung. Ergebnisse der Befragung machen deutlich, dass der Weg zum Arzt häufig mit dem Auto zurückgelegt wird, da keine anderen Verkehrsmöglichkeiten bestehen. Im Landkreis Oder-Spree können Mittelzentren zum Teil noch zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden. Handlungsempfehlungen können hier kaum greifen. Dennoch gibt es die Möglichkeit einer Zentrierung ärztlicher Versorgung in den Infrastrukturschwerpunkten, so z.B. mit Ärzthäusern. Ziel dabei ist es, eine gute medizinische Versorgung auch mit dem ÖPNV zu gewährleisten.

Weitere Informationen zum Zentrum für Alterskulturen (ZAK) an der Universität Bonn erhalten Sie unter: www.zak.uni-bonn.de

Heike Rau,
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB)

Angebote und Maßnahmen zur Unterstützung der Mobilität älterer Menschen

Vor dem Hintergrund der nach wie vor anzustrebenden Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen sollte gewährleistet werden, auch älteren Menschen in ländlichen Regionen den Zugang zu grundlegenden Infrastrukturangeboten in angemessener Zeit zu ermöglichen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Infrastrukturstandorte fußläufig erreichbar sind und nicht jedem Bürger ein privater Pkw oder ein Fahrrad zur Verfügung steht. Daher wird es immer auch notwendig sein, in ländlichen Räumen ein breit aufgestelltes, öffentlich verfügbares Mobilitätsangebot bereitzuhalten. Vor dem Hintergrund einer abnehmenden und alternden Bevölkerung sowie enger werdender Finanzierungsspielräume der Kommunen sind die Standards der Ausgestaltung öffentlicher Verkehrsangebote unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit neu zu bewerten und gegebenenfalls auch anzupassen.

In nachfrageschwachen ländlichen Räumen können Mobilitätsbedürfnisse mit konventionellen ÖPNV-Linienverkehren nur noch dort angemessen bedient werden, wo sich Verkehrsnachfrage bündeln lässt. In den übrigen Räumen wird es erforderlich sein, die breite Palette unterschiedlicher Angebotsformen auszuschöpfen und diese flexibel miteinander zu kombinieren, um eine wirtschaftlich möglichst optimale Lösung zu erzielen. Hier kommen neben dem ÖPNV auch kommerzielle Verkehrsangebote, Angebote des bürgerschaftlich-ehrenamtlichen Engagements und nicht zuletzt auch mobile Versorgungsangebote zum Einsatz.

Schülerverkehr

In ländlichen Räumen ist der Busverkehr im Wesentlichen an den Schülerverkehr angepasst. Dies hat zur Folge, dass sich ein großer Teil des Angebotes im ländlichen Raum mehr oder weniger an den Schulanfangs- und -endzeiten orientiert. Dementsprechend müssen sich die Nutzer/innen häufig nach den örtlichen Schulzeiten richten.

Zudem wird von Konflikten zwischen den unterschiedlichen Generationen im Bus berichtet. In einigen Landkreisen werden Schulbusbetreuer eingesetzt, um die Kinder und Jugendlichen auch im ÖPNV für einen respektvollen Umgang mit älteren Menschen zu sensibilisieren.

Barrierefreiheit

Barrierefreiheit im Busverkehr ist verbundweit nicht überall vorhanden. Gesicherte Barrierefreiheit ist auch von der Infrastruktur einer Region abhängig. So können beispielsweise einige Straßen nicht mit Niederflurbussen befahren werden. Aus diesem Grund müssen Überlandbusse eingesetzt werden, die nicht barrierefrei zugänglich sind.

Platzangebot

Häufig ist das Platzangebot insbesondere in den Schulbussen im ländlichen Raum nicht immer ausreichend. Besonders mobilitätseingeschränkte Menschen sind jedoch auf einen Sitzplatz angewiesen. Aber auch Pendler und Fahrräder benötigen Sitzmöglichkeiten und Platz.

Zentralisierung von Dienstleistungen

Die Zentralisierung von Dienstleistungsangeboten in den Kommunen, aber auch von Schulstandorten, birgt für den öffentlichen Nahverkehr neue Herausforderungen. Zum Teil haben sich dadurch die durchschnittlichen Reiseweiten im ÖPNV erhöht.

Bislang sind die Organisationsstrukturen im ÖPNV auf eine homogene und eher überschaubare Anzahl von Anbietern ausgerichtet. Ein Mix aus ganz unterschiedlichen Mobilitätsangeboten mit einer Vielzahl von Anbietern macht eine Anpassung der Organisationsstrukturen und ein neues Aufgabenverständnis von privatwirtschaftlich organisierten Anbietern und öffentlicher Hand erforderlich, damit auch künftig ein möglichst flächendeckendes und nahtlos nutzbares Mobilitätsangebot in ländlichen Räumen zur Verfügung steht.

Praxisbeispiele

Bei einem Taktverkehr fahren die Busse regelmäßig in einem bestimmten Takt, zum Beispiel im Ein- oder Zweistundentakt. In mehreren Landkreisen im Land Brandenburg ist es mit der Neugestaltung der Verkehrskonzepte gelungen, einen regelmäßigen Taktverkehr einzurichten. Hierfür wurde unter anderem in Absprache unterschiedlicher Akteure der Schülerverkehr optimiert. Horte und Schulen müssen dazu bereit sein, ihre Anfangs- oder Endzeiten so einzurichten, dass sie sich an der Taktung des öffentlichen Nahverkehrs orientieren. Hierzu bedarf es eines pragmatischen auf einander Zugehens und der Schaffung von Lösungen, die von allen Akteuren Kompromissbereitschaft erfordert.

Beim Bedarfsverkehr wird nach dem Bedarf der Nutzer/innen gefahren. Um den in den Landkreisen immer stärker werdenden Bedarf nach Rufbusverkehren gerecht zu werden, hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ein Handbuch zur alternativen Bedienung erarbeitet. Dieses steht unter www.VBB.de → Fachpublikationen → Handbücher & Studien zum Download bereit.

Der Bus- und Begleitservice ist ein Angebot des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) für den Tarifbereich Berlin AB. Seit 2008 werden Kund/innen, die sich bei der Nutzung des ÖPNV unsicher fühlen oder in ihrer Mobilität eingeschränkt sind (blinde, sehgeschwache Fahrgäste, Nutzer/innen, die auf den Rollator oder den Rollstuhl angewiesen sind), nach Anmeldung von ausgebildeten Servicemitarbeitern von der Wohnungstür bis zum Ziel mit dem ÖPNV begleitet. Dieses Angebot gibt es mittlerweile auch in Brandenburg an der Havel und in Cottbus.

Mittlerweile sind in allen Landkreisen Rufbusse vorhanden. Linienrufbusse fahren je nach Bedarf eine bestimmte Linie. Der Flächenrufbus hingegen fährt auf keiner bestimmten Linie und wird ebenfalls nur bei Bedarf eingesetzt. Beide Möglichkeiten müssen zuvor telefonisch beim Anbieter bestellt werden.

Der Bürgerbus ist eines der bekanntesten Modelle für alternative Bedienformen und wurde erstmals 2005 in und um Gransee eingesetzt. Mit Hilfe bürgerschaftlichen Engagements fahren hier Bürger für Bürger. Derzeit gibt es vier erfolgreich arbeitende Bürgerbusvereine in Brandenburg. Die dazu benötigten Fahrzeuge werden bisher über Lotto-Mittel fi-



Heike Rau

nanziert. Der Bürgerbus ist selbstorganisiert. Die Betriebskosten werden durch die Aufgabenträger getragen.

Teilweise bieten Verkehrsunternehmen in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht Busschulen für Senior/innen an. Hier kann in aller Ruhe das Ein- und Aussteigen, auch mit Hilfsmitteln (z. B. Rollator) geübt und so Sicherheit und Mut zur Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel erworben werden.

Weitere Informationen zum Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) erhalten Sie unter www.VBB.de

Fazit

- Das Projekt „Aktiv und mobil für ein selbstbestimmtes Leben im Alter“ identifiziert und diagnostiziert Interventionsbereiche im Nahverkehr.
- Netzwerke sind für den öffentlichen Personennahverkehr dringend erforderlich.
- Der öffentliche Personennahverkehr arbeitet mit unterschiedlichen Akteuren zusammen.
- Bürgerschaftliches Engagement spielt gerade in ländlichen Lebensräumen bei der Verbesserung der Mobilität eine wichtige Rolle.
- Mobilitätsangebote müssen sich an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientieren.

Workshop „Engagement und Gesundheit“

Moderation: *Annett Schmok*, Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.



Annett Schmok

Dr. Barbara Weigl,
Evangelische Hochschule Berlin

Forschungsergebnisse

Die bisherige Forschung zum Thema Engagement und Gesundheit im europäischen und deutschen Kontext liefert eindeutige Ergebnisse. Der 2008 veröffentlichte Alterssurvey verdeutlicht diesen Zusammenhang anhand von drei Altersgruppen der 50-64-Jährigen, der 65-74-Jährigen und der 75-84-Jährigen. Mit Hilfe der Fragestellung: „Wie fühlen Sie sich, wie geht es Ihnen, fühlen Sie sich

gesund, wenn Sie sich engagieren?“ wurde das subjektive Gesundheitsempfinden eingeordnet. Demnach gibt es in allen Altersgruppen Engagierte. Deren Anteil ist im Vergleich mit der Gruppe der sich subjektiv gesünder fühlenden Menschen größer, als im Vergleich mit der „Durchschnittsgruppe“. Diese Diskrepanz ist bei der ältesten Kohorte am deutlichsten ausgeprägt. In der Altersgruppe der „jüngsten“ Alten ist die Zahl der Menschen, die ihr subjektives Gesundheitsempfinden als „schlecht“ beurteilen, im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen mit und ohne Engagement am geringsten.

Subjektives Gesundheitsempfinden

Alle Angaben wurden von den Probanden mittels einer Selbsteinschätzung erhoben. Hier stellt sich jedoch die Frage der Vergleichbarkeit der subjektiven Einschätzung von vorgegebenen Gesundheitsbewertungen. Festzuhalten ist, dass Engagement und Gesundheitsempfinden, insbesondere mit Blick auf einen interagierenden Effekt, höchst subjektiv bewertet wird. Die Grundsatzfrage, ob sich persönliches Wohlbefinden und Lebensfreude durch Engagement vergrößern lassen kann, darf in der Tendenz durch diese Daten positiv beantwortet werden.

Zahlreiche Studien belegen, dass durch Engagement das Gefühl der Lebenszufriedenheit und des Gebrauchtwerdens zunimmt. Das subjektive Gesundheitsgefühl und Engagement bedingen sich wechselseitig. Darüber hinaus kann sich auch das Altersbild in der Selbst- und Fremdwahrnehmung positiv entwickeln. Folglich verbessert und fördert Engagement im Alter nachweislich das subjektive Gesundheitsgefühl und das individuelle Wohlbefinden. Mit der Zielsetzung von Gesundheitsförderung kann das Älterwerden mit den klassischen altersbedingten Veränderungen und Einschränkungen im Sinne einer „Ent-



Dr. Barbara Weigl

„Beschleunigung“ beeinflusst werden. Die Aussage: „Ich bin 70 und fühle mich wie 40“ ist relativ häufig anzutreffen und hat neben der körperlichen und geistigen Fitness auch etwas mit dem Gefühl des Gebrauchtwerdens, sich wertvoll fühlen sowie des Geschätzt- und Anerkanntwerdens zu tun.

Motive für das Engagement im Alter

Es gibt europaweit verschiedene Engagementstudien sowie den Alterssurvey und den Freiwilligensurvey aus Deutschland. Übergreifend konnte festgestellt werden, dass der sozioökonomische Status in enger Verbindung mit der Art und dem Umfang des Engagements steht. Der sozioökonomische Status beinhaltet Ressourcen wie z.B. Geld, Bildung, kulturelle Güter, mit denen Menschen ausgestattet sind. Diese sind wichtige Faktoren für die Engagementbereitschaft.

Der Alterssurvey zeigt, dass in Deutschland die Engagementsituation vergleichbar ist. Menschen, die weniger Geld zur Verfügung haben, engagieren sich deutlich weniger. Daraus ergibt sich, dass gerade die Mittelschicht vermehrt bürgerschaftliches Engagement zeigt. Aber es gibt auch Menschen, die trotz geringen Einkommens kontinuierlich engagiert sind. Die gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation ist bildungs- und gesundheitsförderlich und stellt ebenfalls den Ausdruck eines gesunden und aktiven Alterns dar. Im Prinzip ist Zivilengagement bzw. bürgerschaftliches Engagement ein konstanter Kreislauf: Menschen, die sich engagieren und aktiv sind, bleiben gesünder. Da sie gesünder sind, können sie sich engagieren.

Gesundheitliche Chancengleichheit

Es ist festzustellen, dass es bei den Gesundheitschancen Ungleichheiten gibt, die insbesondere durch die sozialen und ökonomischen Bedingungen hervorgerufen werden. Dieses Phänomen setzt sich im Alter fort. Häufig ist diese Entwicklung lebenslaufbedingt. Was nicht bedeutet, dass sie nicht beeinflussbar ist, jedoch gibt es eine gewisse Tendenz, die die Entwicklung von

Krankheiten, Einschränkungen in der Mobilität oder auch eine frühere Sterblichkeit verfestigt. Eine Benachteiligung ist offensichtlich und es wird notwendig, spezifische Partizipations- bzw. Teilhabeangebote für ältere Menschen zu entwickeln. Menschen, die Barrieren oder Probleme haben, sich gesellschaftlich einzubringen und aktiv zu werden, stellen die primäre Zielgruppe dar, die es vordringlich zu erreichen gilt.

Monetarisierung und Empowerment

Engagement ist auch immer mit Aufwendungen verbunden. Neben der Investition von zeitlichen Ressourcen spielt der Zusammenhang von Finanzen und Engagement eine nicht unwesentliche Rolle. Dies ist ein nicht zu vernachlässigendes Thema. Denn es gibt Menschen, die sich Engagement nicht leisten können, weil z.B. Fahrtkosten damit verbunden sind. Einerseits werden Hemmschwellen für die Entscheidung sich zu engagieren immer noch unterschätzt. Andererseits darf eine pauschale Monetarisierung des Engagementbereichs nicht zu lohnersatzähnlichen Bezahlungsformen, die mit Niedriglöhnen konkurrieren, führen.

Gebraucht werden zukünftig mehr Ansätze, die das Selbstverständnis von Engagement im Sinne des Empowerment stärken. Das heißt, frühzeitige Ermunterung und Heranführung an das Engagement sowie Verstärkung notwendiger Rahmenbedingungen einer gewinnbringenden Engagementkultur für alle Beteiligten.

Quellen:

DZA (2008): Deutscher Alterssurvey

WZB/IGF e.V. (2011): „Neighbourhood“-Studie

Henriette Hentschel,
Seniorpartner in School e. V. Brandenburg



Henriette Hentschel

Ältere Menschen im Ehrenamt in Brandenburg

Häufig engagieren sich junge für ältere Menschen. Doch wohin richtet sich das Engagement Älterer der Generation 60 plus?

Das nationale Gesundheitsziel „Gesund älter werden“ ist mit 13 Teilzielen unterlegt. Im Handlungsfeld „Gesundheitsförderung und Prävention: Autonomie erhalten“ geht es im ersten Ziel um die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe sowie die Erkennung und Minderung mangelnder Teilhabe und Isolation älterer Menschen. Der Fokus liegt damit auch auf dem Engagement Älterer als Beitrag zu einem gesunden Älterwerden.

In Befragungen wird deutlich, dass sich Senior/innen häufiger generationenverbindendes Arbeiten wünschen als Jüngere. Dennoch sind überwiegend ältere Menschen für Senior/innen ehrenamtlich engagiert. Das generationenverbindende Arbeiten kommt in dieser Altersgruppe zu kurz.

Der Anteil der ehrenamtlich Tätigen ist im bundesweiten Vergleich in den Neuen Bundesländern führend. Dabei ist das lokale bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen als wichtige und beliebte Engagementstruktur in Brandenburg ausgeprägter als in anderen Bundesländern.

Herausforderungen

Ein häufiges Problem sind die finanziellen Aufwendungen im Rahmen der Tätigkeit. 48 % aller ehrenamtlich Tätigen können die anfallenden Kosten nicht geltend machen. Sie wünschen sich eine unbürokratische Kostenerstattung und angemessene Würdigung ihrer Arbeit.

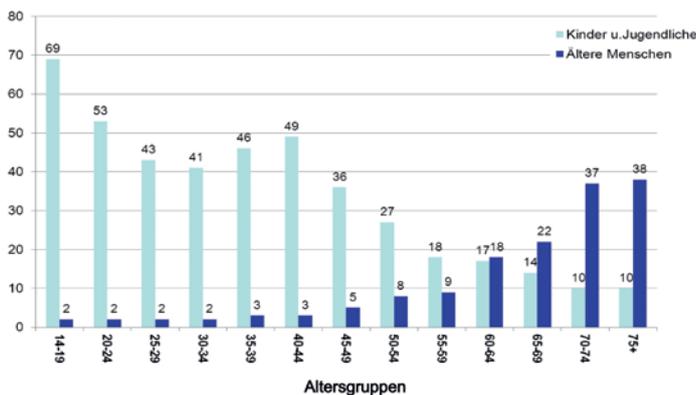
Darüber hinaus wird beobachtet, dass die Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Beteiligung abgenommen haben. Mit der Zunahme von hauptamtlich Tätigen hat eine Professionalisierung des Ehrenamtes stattgefunden. Diese müssen Anforderungen erfüllen, die schwer mit dem Verständnis von Ehrenamt und der freiwilligen Arbeit der Organisationen zu vereinbaren sind. Demzufolge ist eine Ausweitung des Engagements in Bürgerinitiativen, aber nicht des Ehrenamtes, wahrzunehmen.

Im Gegenzug birgt die Altersgruppe der 46- bis 59jährigen großes Potenzial. In dieser Gruppe besteht besonders häufig die Bereitschaft, sich in der Phase nach dem Erwerbsleben zu engagieren.

Seniorpartner in School

Haupttätigkeit der Seniorpartner in School ist die Prävention von Gewalt an Schulen mit Hilfe von Mediation. Dabei wird die Kompetenz der Senior/innen dazu eingesetzt, um eine Brücke zwischen Jung und Alt zu schlagen. Die Senior/innen werden zu Schulmediatoren ausgebildet, sodass eine zusätzliche Kompetenz im nachberuflichen Leben erworben wird.

Zielgruppen des Engagements
Zeitaufwendigste freiwillige Tätigkeiten (Angaben in %)

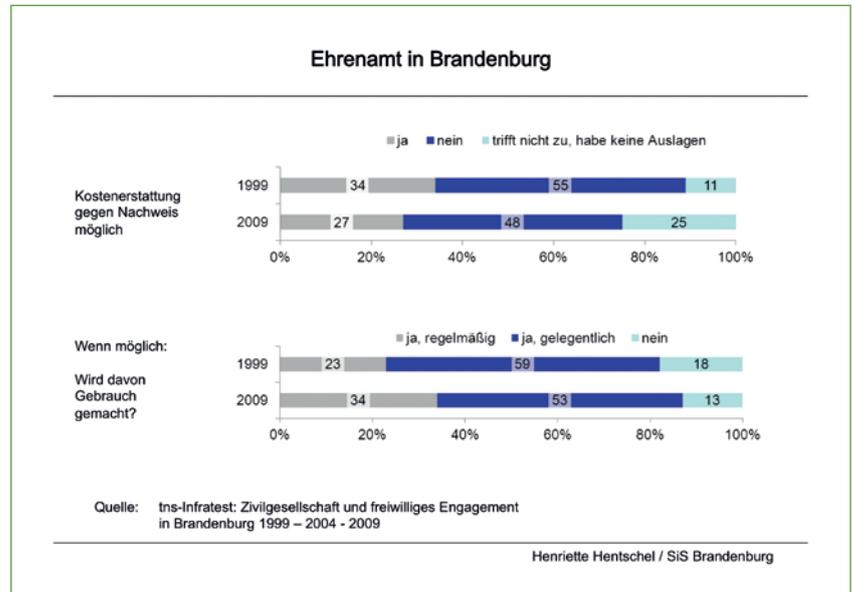


Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009

Henriette Hentschel / SIS Brandenburg

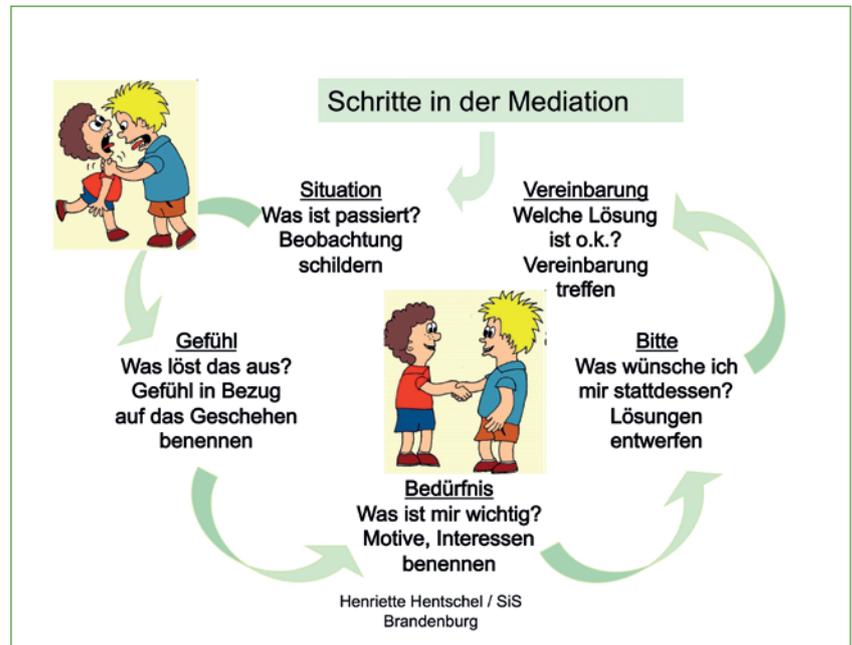
Zwischen den Schulen und den Mediationsteams werden feste Vereinbarungen getroffen, wodurch eine professionelle Arbeitsgemeinschaft entsteht. Dabei besteht ein Team immer aus zwei Personen. Die Seniorpartner gehen einmal in der Woche in die Schulen und stehen dort halbtags für die Kinder und Jugendlichen zur Verfügung. Wobei die Konfliktbearbeitung ausschließlich mit den Schüler/innen stattfindet. Nach eineinhalb Jahren erhalten die engagierten Senior/innen ein Zertifikat zur Anerkennung.

Weitere Informationen zu Seniorpartner in School Brandenburg e. V. erhalten Sie unter www.sis-brandenburg.de



Fazit

- Engagement ist eng mit dem subjektiven Gesundheitsempfinden verbunden.
- Art und Umfang des Engagements kann auf den sozioökonomischen Status zurückgeführt werden.
- Niedrigschwellige Zugangswege zu Angeboten werden benötigt, um auch schwer erreichbare Menschen zu erreichen.
- Kosten, die durch das Ehrenamt entstehen, müssen gedeckt werden.
- Menschen müssen noch im Erwerbsleben für das Ehrenamt im Alter interessiert werden.
- Im Bundesdurchschnitt ist der Anteil der freiwillig Engagierten in Bürgerinitiativen in Brandenburg am größten. Es hat eine Verlagerung vom organisierten Ehrenamt in andere „öffentliche Aktivitäten“ stattgefunden.
- Die mittlere Bildungsschicht birgt Potenziale für freiwilliges Engagement.



Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse im Rahmen der Veranstaltung

Diskussionsrunde



Solidarität zwischen den Generationen – wo begegnet sie uns, wo fehlt sie ggf.?

- Beispiele für Generationensolidarität: Nachbarschaftshilfe, Gegenseitige Hilfe in der Familie/im Dorf oder der Gemeinde, Pflegende Angehörige, Ehrenamtliches/Bürgerschaftliches Engagement.
- Häufig fehlt die Zeit, einen Dialog zwischen den Generationen entstehen zu lassen. Viele junge Menschen arbeiten weit außerhalb ihres Wohnortes und müssen jeden Tag lange Strecken zur Arbeit bewältigen. Aus dieser Situation resultieren Erwerbslosigkeit, Abwanderungen und Fachkräftemangel im Land.
- Der Zusammenhalt innerhalb der Familien hat sich abgeschwächt. Dies bedingt auch eine geringere Solidarität zwischen den Generationen. Es werden sich Angebote zur Stärkung des Familienzusammenhaltes gewünscht.
- Immer mehr Menschen wandern aus ländlichen Regionen ab. Dadurch bricht insbesondere für ältere Menschen das unmittelbare und häufig unterstützende Umfeld (Nachbarschaft) weg.

Ältere Menschen müssen daher für ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben bis ins hohe Alter mobil bleiben. Dies ist eine Herausforderung besonders für Menschen in ländlichen Lebensräumen.

- Es wird ein Potenzial in der gemeinsamen Aktivierung von jungen, erwerbslosen Menschen und älteren Menschen gesehen. Angebote und Maßnahmen zum gegenseitigen und generationenverbindenden Austausch sind gewünscht.

Der Dialog zwischen Jung und Alt.

- Was haben wir gemeinsam?
- Was hält uns zusammen? Was trennt uns?
- Was können wir tun, persönlich, aber auch als Gesellschaft?
- Der gegenseitige Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen ist notwendig und wichtig (E-Mail schreiben, Skypen, Knopf annähen, Eintopf kochen).
- Generationendialog braucht Offenheit, Verständnis und Respekt auf beiden Seiten.
- Es fehlen der Erfahrungsaustausch und der Wissenstransfer unterschiedlicher Generationen im beruflichen Alltag. Modelle guter Praxis fehlen oder sind nicht bekannt.
- Die Gestaltung gemeinsamer Freizeitaktivitäten kann den Generationendialog befördern.
- Traditionen, Rituale, Feiern und regelmäßige Treffen können den Dialog zwischen den Generationen befördern.
- Ältere Migrant/innen sollten im Generationendialog berücksichtigt werden. Bedarfsorientierte Angebote müssen geschaffen werden. Der kulturelle Hintergrund von Migrant/innen stellt ein Potenzial im Austausch der Generationen dar.

Fish-Bowl-Diskussion

Moderation: Marisa Elle,
Gesundheit Berlin-Brandenburg

Potenziale und Herausforderungen für ein Mit- und Füreinander der Generationen?

- Ältere Menschen sind als große, eigenständige und heterogene Zielgruppe zu betrachten. Ihre Wünsche und Bedürfnisse sind differenziert.
- Bei der Initiierung von Maßnahmen und Angeboten sollte die Zielgruppe bereits bei der Planung mit einbezogen werden. Dieses Vorgehen trägt zu einem bedarfsgerechten und nachhaltigen Angebot bei, welches genutzt wird.
- Schwer erreichbare Menschen müssen in den Fokus genommen werden.
- Bewegung und Mobilität wird im Alter mit einem aktiven und gesunden Lebensstil verbunden. Es sind im öffentlichen Personennahverkehr flexible Angebote zu schaffen, welche es älteren Menschen ermöglichen, möglichst barrierearm und kostengünstig mobil zu bleiben. Häufig werden gute Angebote zu selten kommuniziert und in der Folge nicht ausreichend genutzt.
- Die Nutzergruppe der Senior/innen wächst stark. Daher ist diese Zielgruppe vermehrt



auch über das Medium Internet anzusprechen. Andere Medien wie Zeitungen oder lokales Fernsehen sind als Informationsquelle jedoch nicht zu vernachlässigen, da besonders ältere Menschen an ihrer direkten Umgebung großes Interesse haben. Es bleibt jedoch zu erforschen, wie Informationen von älteren Menschen wahrgenommen und mögliche Hemmschwellen abgebaut werden können.

- Engagement braucht ein Motiv, wie z.B. das Interesse am Thema. Zudem sind Freunde und Kollegen wichtige Multiplikatoren für ehrenamtliches Engagement. Anfallende Kosten müssen zurückerstattet werden und dürfen keine Barriere für Engagement sein.



Referentenverzeichnis

Dorothea Amrhein

Projektberatung und Supervision
Dipl. Sozialpädagogin
Hans-Thoma-Straße 3
14467 Potsdam

Günter Baaske

Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und
Familie des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam

Nobert Bothe

kobra.net – Kooperation in Brandenburg
Benzstraße 8/9
14482 Potsdam

Marisa Elle

Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.
Behlertstr. 3a, Haus H2
14467 Potsdam

Prof. Dr. Rainer Fretschner

Fachhochschule Kiel Fachbereich Soziale Arbeit
und Gesundheit
Sokratesplatz 2
24149 Kiel

Henriette Hentschel

SiS – Seniorpartner in School e.V. Landesverband
Brandenburg
Lennestraße 34
14469 Potsdam

Prof. Sieglinde Heppener

Seniorenrat des Landes Brandenburg e. V.
Breite Straße 9a
14473 Potsdam

Marcel Korth

kobra.net – Kooperation in Brandenburg
Benzstraße 8/9
14482 Potsdam

Heike Rau

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
(VBB)
Hardenbergplatz 2
10623 Berlin

Prof. Dr. Georg Rudinger

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Zentrum für Alternskulturen (ZAK)
Oxfordstraße 15
53111 Bonn

Annett Schmok

Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V.
Behlertstraße 3a, Haus H2
14467 Potsdam

Dr. Claudia Vogel

Deutsches Zentrum für Altersfragen DZA
Manfred-von-Richthofen-Straße 2
12101 Berlin

Dr. Babara Weigl

Evangelische Hochschule Berlin
Teltower Damm 118-120
14167 Berlin

Dr. Ingrid Witzsche

Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land
Brandenburg e. V.
Schwarzer Weg 3
14532 Kleinmachnow

